



## Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten!

Die Kürzungspläne von CDU/CSU und FDP dürfen nicht im Sommerloch verschwinden. Mit der Verleihung des Preises „Die größte Sparschweineri“, den Negativpreis der LINKEN an die Bundesfamilienministerin Schröder durch Car-

vorgelegt wird, werden wir den Bundestag aus diesem Anlass erneut über die Rente mit 67 abstimmen lassen.

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2011 im Bundestag ist für Ende November geplant. DIE LINKE wird in dieser Woche den Protest von der Straße ins Parlament tragen. Zudem gibt es Überlegungen, die abschließenden Beratungen im Bundestag außerparlamentarisch zu begleiten. Hier sind unsere Alternativen zur Schwarz-Gelben Kürzungspolitik:

- Wir fordern eine bessere Einnahmesituation für Bund, Länder und Gemeinden durch sofortige Einführung einer Millionärssteuer, einer Bankenabgabe und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Rücknahme der Steuerermäßigungen für die Hotellobby.
- Wir fordern die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung statt einer einseitigen Belastung der Versicherten und einer verkappeten Kopfpauschale.
- Wir fordern die Rücknahme der Rente mit 67 und eine gute Rente für alle Erwerbstätigen statt Rentenkürzungen und Altersarmut.

ren Lay, Bundesgeschäftsführerin der LINKEN, setzte DIE LINKE Ende Juli einen pressewirksamen Startschuss für weitere Aktionen unter dem Motto „Sozialschlag stoppen!“. Im Herbst 2010 entscheidet sich, ob es Schwarz-Gelb gelingt, die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben fortzusetzen. Die Bundesregierung will vor allem Erwerbslose, Geringverdienende und Familien die Zeche für die Finanzmarktkrise zahlen lassen. Zugleich sollen die Bürger durch eine unsoziale Gesundheitsreform noch stärker belastet werden. Und wenn im Herbst der Bericht über die Lage älterer Arbeitnehmer



Diana eröffnet die „Stadt der Kinder“ in Potsdam.

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter 8

August 2010, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

zu einer Sommertour der ganz anderen Art sind Erwerbslose aus Brandenburg aufgebrochen. Der „Zug der Tagelöhner“ machte in zahlreichen Städten halt. Mit unterschiedlichsten Aktionen wurde auf kabarettistische, humorvolle, aber auch ernst gemeinte Art auf die Problemlagen von Langzeit-Erwerbslosen hingewiesen. In den voran gegangenen Jahren hatte die Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) durch zentrale Großdemonstrationen auf sich aufmerksam gemacht. Dieses Jahr hatte man sich eine andere Form des Protestes überlegt. In den einzelnen Tourstationen werden nicht nur „traditionelle“ Aktionen wie Kundgebungen, Flugblätter verteilt. Nein, als wandernde Tagelöhner, die vom Arbeitsmarkt zu immer größerer Flexibilität gezwungen werden, wird dann auch mal auf dem Marktplatz Suppe gekocht oder die Wäsche zum Trocknen aufgehängt. Die Fraktion DIE LINKE im Deutsche Bundestag unterstützt gern diese besondere Form des Protestes und der politischen Information. Der Verein der Bundestagsfraktion hat 1.000 € zum Gelingen dazugesteuert, die ich in Brandenburg an der Havel als symbolischen Scheck übergab.

Neun Mitstreiter/innen stiegen aus einem Wohnmobil mit dem Charme der achtziger aus. Schnell wurde eine mobile Lautsprecheranlage aufgebaut. Michael Maurer, Mitglied der

[weiter auf der nächsten Seite](#)

## Spruch des Monats

*Eine Information für den Verfassungsschutz:  
Art. 14 Satz 1 GG:  
„Eine Enteignung ist nur zum Wohle der  
Allgemeinheit zulässig.“*

## TERMINE

### 21. August

21. Sommerfest der Potsdamer LINKEN im Neuen Lustgarten  
13.00 bis 22.00 Uhr

**Ich wünsche allen Erstklässler im Land Brandenburg einen guten Start in ihr Schulleben.**

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

LINKEN und aktiver Gewerkschafter, begrüßte die Anwesenden und erklärte die Idee. Danach machte darauf aufmerksam, dass die derzeitige Lage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen keine brandneue Entwicklung ist. Schon unter SPD und Grünen wurden mit der Agenda 2010 die Weichen für Minijobs, Leiharbeit und Niedriglöhne gestellt. CDU und FDP arbeiten nun munter daran, die Situation weiter zu verschlimmern, zum Beispiel, in dem Hartz IV-Beziehenden und Aufstockern das Elterngeld gestrichen werden soll. Andreas Bernig, Mitglied des Brandenburger Landtags, machte auf die Bemühungen der rot-roten Landesregierung aufmerksam, zum Beispiel in einem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose zu schaffen. Die Rahmenbedingungen müssten

## Sparschwein Familie

Stück für Stück präsentiert die Bundesregierung ihre Grausamkeiten ihres Kürzungspaketes, mit dem sie die Folgen der Finanzkrise abarbeiten und die Staatsverschuldung abbauen will. Die Kritik der LINKEN – dies geschieht vor allem auf dem Rücken der Ärmsten.

Wie der neue Referentenentwurf des Familienministeriums zum Elterngeld zeigt, schröpft die Bundesregierung nicht nur erwerbslose Familien. Auch erwerbstätige Geringverdienner müssen sich zukünftig in Verzicht üben, wenn sie eine Familie gründen wollen. Bekannt war bereits, dass die Bundesregierung erwerbslosen Hartz IV-Beziehenden die 300 € Elterngeld streichen will. Dies begründet sie mit stärkeren Erwerbsanreizen. Der Referentenentwurf zur Kürzung des Elterngeldes geht aber weit darüber hinaus. Dieser sieht vor, dass Familien mit geringem Einkommen, sogenannte Aufstocker, auch bis zu 300 € pro

aber im Bund neu gestaltet werden, ein gesetzlicher Mindestlohn wäre dafür ein wichtiger Schritt. Zum Schluss der Kundgebung berichteten Betroffene von ihren Erlebnissen mit Mitarbeiter/innen der ARGE, die auch mal zu Hause vorbeikommen und nach der Zahl der Männerbekanntschaften fragen. Einige der Zuhörer schüttelten bei diesen Erfahrungsberichten fassungslos mit dem Kopf.

Ich hoffe, dass sich die Mühe der „Tageelöhner“ gelohnt hat und viele Brandenburgerinnen und Brandenburger auf die Situation dieser an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen aufmerksam geworden sind.

Viel Spaß beim Lesen!  
Diana Golze

Monat weniger Geld haben werden. Selbst, wenn sie nicht auf Hartz IV sondern auf Kinderzuschlag angewiesen sind, sollen ihnen bis zu 140 € pro Monat weggenommen werden. Auch wenn der mediale Aufschrei groß war, als DIE LINKE diese Pläne öffentlich anprangerte, wurden die massiven Kürzungen für Familien im Hartz IV-Bezug, denen das Elterngeld durch die volle Anrechnung komplett gestrichen wird, kaum hinterfragt. DIE LINKE bleibt dabei: Familienpolitische Leistungen dürfen nicht nach politischem Gusto verteilt werden, sondern müssen eine Förderung für alle Familien sein! Familienministerin Schröder sind anscheinend Geburten von reichen Eltern mehr wert als von ärmeren Eltern. Sie vergisst: Wer jedes Jahr knapp 600 Mio. € bei jungen Familien einsparen will, kürzt in völlig unverantwortlicher Weise die Zukunftschancen der Kinder.

## Bei Ferienjobs endlich alle Jugendlichen gleich

Es war das große parteiübergreifende Wahlversprechen: Die Anrechnung von Ferienjobs für Schülerinnen und Schüler aus Hartz IV Familien auf das Familieneinkommen ist ungerecht und muss darum aufhören! Als DIE LINKE dies dann in der letzten Sitzung des Bundestages vor der Wahl zur Abstimmung stellte, wurde es mehrheitlich abgelehnt. Warum? Ging es den damals Regierenden zu schnell? War der Makel des Antrages nur, dass er von der LINKEN kam?

Auch nach der Wahl wurde dieser Antrag noch mal eingebracht – diesmal ohne Wahlkampfgeschrei und begleitet von einem SPD-Antrag. Doch CDU und FDP haben es vorgezogen, die notwendigen Änderungen über

eine sogenannte Verordnung zu bewerkstelligen, die sie ohne das Parlament vornehmen kann. Das ist die bittere Pille dabei: Man hätte diese Ungerechtigkeit schon längst beseitigen können. Was bleibt ist, dass der Druck, den DIE LINKE zu diesem Thema ausüben konnte, offenbar nun groß genug war und dass es für die betroffenen Jugendlichen am Ende wirklich gut ausgegangen ist. Auch wenn die neue Regelung weiterhin völlig unnötige Diskriminierungen wie die unrealistische Höchstgrenze von 1.200 Euro oder die weiterhin notwendige Meldung über den Verdienst beim zuständigen Amt enthält. Aber in diesem Sommer gilt: Jeder Schüler darf das verdiente Feriengeld ganz für sich behalten.

## Kurzmeldungen

### Gesundheitsreform:

#### „Betrug an den eigenen Wählern“

DIE LINKE ruft zu einem „Bündnis für soziale Gerechtigkeit im Gesundheitswesen“ auf, um geschlossen Widerstand zu leisten. „Vorsicht Kopfpauschale“ ist unsere Reaktion auf die schwarz-gelbe Abzocke: Die Arbeitgeber werden aus der Verantwortung entlassen, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die ganze Last tragen müssen. Die Alternative der LINKEN ist eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, die eine paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge vorsieht. Wer wenig hat, zahlt wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr.

### Kürzungspaket:

#### Haushaltentwurf beschlossen

Die Bundesregierung hat begonnen, ihr unsoziales Kürzungspaket umzusetzen, und noch vor der Sommerpause ihren Haushaltsentwurf für 2011 beschlossen. Die Verursacher und Profiteure der Finanzkrise

werden erneut nicht zur Kasse gebeten. Die Bundesregierung kürzt nur bei denen, die keine Lobby haben. Die Sanierung des Haushaltes werde auf den Schultern von 1,7 Millionen armen Kindern und 3,2 Millionen Arbeitslosen abgeladen.

### Hochschule: Elitenförderung statt BaFöG-Erhöhung

Schwarz-Gelb hat im Bundesrat die geplante BaFöG-Erhöhung in der Länderkammer erst einmal scheitern lassen und dafür ihr so genanntes Nationales Stipendienprogramm durchgepeitscht. Dreister geht Klientelpolitik kaum mehr. Schwarz-Gelb macht Bildungspolitik für die Eliten, die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Trotz Sparkurs ist die Bundesregierung bereit, die Kosten für ein Programm zu übernehmen, mit dem vor allem Studierende aus reichen Familien mit Stipendien versorgt werden sollen. Gleichzeitig verzögert sie die Erhöhung des BAföG für finanziell schwächere Jugendliche.